BGH-Leitsatz-Entscheidungen

1. GewO: Versicherungsunternehmen als Vermittler

Urteil vom 15.12.2022, Az: I ZR 8/19

2. ZPO: Zeugenvernehmung zur Glaubhaftmachung der Beschwer

Beschluss vom 24.11.2022, Az: I ZR 25/22

3. UrhG: Online-Marktplätze als Schuldner der Gerätevergütung

Urteil vom 10.11.2022, Az: I ZR 10/22

4. CMR: Unbeschränkte Haftung des Hauptfrachtführers

Urteil vom 13.10.2022, Az: I ZR 151/21

5. BGB, FamFG: Amtsermittlung beim Erbscheinsantrag

Beschluss vom 08.02.2023, Az: IV ZB 16/22

6. StVG: Explodierende Batterie eines Elektrorollers

Urteil vom 24.01.2023, Az: VI ZR 1234/20

7. FamFG: Eingeschränkte Überprüfung der Bemessung der Beschwer

Beschluss vom 01.02.2023, Az: XII ZB 472/22

Urteile und Beschlüsse:

1. GewO: Versicherungsunternehmen als Vermittler

Urteil vom 15.12.2022, Az: I ZR 8/19

Ein Unternehmen, das als Versicherungsnehmer eine Auslandsreisekrankenversicherung sowie eine Auslands- und Inlands-Rückholkosten-Versicherung als Gruppenversicherung für seine Kunden bei einem Versicherungsunternehmen unterhält und gegenüber Verbrauchern Mitgliedschaften vertreibt, die zur Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen im Fall einer Erkrankung oder eines Unfalls im Ausland berechtigen, und das von den geworbenen Mitgliedern eine Vergütung für den erworbenen Versicherungsschutz erhält, ist Versicherungsvermittler im Sinne von § 34d Abs. 1 Satz 1 GewO und bedarf deshalb der Erlaubnis der zuständigen Industrie- und Handelskammer.

2. ZPO: Zeugenvernehmung zur Glaubhaftmachung der Beschwer

Beschluss vom 24.11.2022, Az: I ZR 25/22

Im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde ist das Angebot des Beschwerdeführers auf Vernehmung eines Zeugen zur Glaubhaftmachung der Beschwer gemäß § 544 Abs. 2 Nr. 1 ZPO nicht geeignet (Anschluss an BGH, Beschluss vom 29. Oktober 2020 - V ZR 273/19, MDR 2021, 380 [juris Rn. 8 bis 11]).

3. UrhG: Online-Marktplätze als Schuldner der Gerätevergütung

Urteil vom 10.11.2022, Az: I ZR 10/22

- a) Händler im Sinne des § 54b Abs. 1 UrhG ist, wer gewerblich Geräte und Speichermedien erwirbt und weiterveräußert, also Kaufverträge über diese Produkte abschließt.
- b) Es ist mit Blick auf die aus Art. 5 Abs. 2 Buchst. b und Abs. 5 der Richtlinie 2001/29/EG folgende Ergebnispflicht bei der Gewährung des gerechten Ausgleichs für die Anfertigung von privaten Vervielfältigungen nicht geboten, Online-Marktplätze, die die Vermittlung von Kaufverträgen über vergütungspflichtige Geräte und Speichermedien ermöglichen, in den Kreis der Schuldner der Gerätevergütung (§ 54 Abs. 1, § 54b Abs. 1 und 2 UrhG) aufzunehmen.
- c) Die analoge Anwendung des § 54b Abs. 1 UrhG auf Internet-Marktplätze kommt mangels planwidriger Regelungslücke nicht in Betracht.

4. CMR: Unbeschränkte Haftung des Hauptfrachtführers

Urteil vom 13.10.2022, Az: I ZR 151/21

- a) Der Hauptfrachtführer haftet dem Absender nur dann nach Art. 29 CMR unbeschränkt, wenn ihm mit Blick auf die ihn selbst gegenüber dem Absender treffenden Vertragspflichten der Vorwurf qualifizierten Verschuldens gemacht werden kann. Es geht dagegen nicht zu seinen Lasten, wenn er einem Unterfrachtführer strengere Sicherheitsvorgaben macht als diejenigen, die er selbst gegenüber dem Absender einzuhalten hat, und den Unterfrachtführer im Verhältnis zum Hauptfrachtführer der Vorwurf qualifizierten Verschuldens trifft.
- b) Der Empfänger kann bei festgestelltem Verlust des Guts als Drittbegünstigter die Rechte aus dem Beförderungsvertrag im eigenen Namen nicht nur gegen den Hauptfrachtführer und den abliefernden Unterfrachtführer geltend machen, sondern auch gegen denjenigen Unterfrachtführer, der den Transport nicht selbst ausgeführt hat, aber aufgrund des von ihm abgeschlossenen Unterfrachtvertrags zu einer Ablieferung des Transportguts an den Empfänger verpflichtet ist (Fortführung von BGH, Urteil vom 14. Juni 2007 I ZR 50/05, BGHZ 172, 330 [juris Rn. 30]; BGH, Urteil vom 30. Oktober 2008 I ZR 12/06, TranspR 2009, 130[juris Rn. 28]).

5. BGB, FamFG: Amtsermittlung beim Erbscheinsantrag

Beschluss vom 08.02.2023, Az: IV ZB 16/22

Ein Erbscheinsantrag ist nicht unzulässig, wenn der Antragsteller vom Gesetz geforderte Beweismittel ohne Verschulden nicht angibt. Stattdessen setzt die Pflicht des Nachlassgerichts zur Amtsermittlung gemäß § 2358 BGB a.F., § 26 FamFG ein.

6. StVG: Explodierende Batterie eines Elektrorollers

Urteil vom 24.01.2023, Az: VI ZR 1234/20

Zur Reichweite der Haftung des Halters eines Elektrorollers nach § 7 Abs. 1 StVG , wenn dessen ausgebaute Batterie während des Aufladens explodiert.

7. FamFG: Eingeschränkte Überprüfung der Bemessung der Beschwer

Beschluss vom 01.02.2023, Az: XII ZB 472/22

Die Bemessung der Beschwer durch das Beschwerdegericht kann im Rechtsbeschwerdeverfahren nur eingeschränkt darauf überprüft werden, ob das Beschwerdegericht die gesetzlichen Grenzen überschritten oder sein Ermessen fehlerhaft ausgeübt hat (im Anschluss an Senatsbeschluss vom 10. Februar 2021 - XII ZB 376/20 -FamRZ 2021, 770).